# Rote Woche

Ausgabe 1/2015, 23. Januar

Neuigkeiten der SPD-Bundestagsabgeordneten Saskia Esken
aus dem Wahlkreis Calw/Freudenstadt und aus Berlin

Liebe Genossinnen und Genossen,

Liebe Freunde,

heute erhaltet Ihr **meine erste Rote Woche in** diesem Jahr! Ein Jahr, das für 3,7 Mio. Menschen in Deutschland mit einer Gehaltserhöhung begonnen hat. Denn der **allgemeine gesetzliche Mindestlohn** ist zum 01.01.2015 in Kraft getreten.

Alleine in meinem Wahlkreis Calw/ Freudenstadt profitieren laut Pestel-Institut rund 30.000 Beschäftigte von diesem Kernanliegen der SPD. Der Mindestlohn sorgt dafür, dass Beschäftigte für ihre Arbeit einen angemessenen Lohn erhalten. Auch die Tatsache, dass die jährliche Kaufkraft dadurch in den Landkreisen um 60 Millionen Euro steigt, ist ein weiteres starkes Argument für den Mindestlohn. Der Mindestlohn wirkt zudem schützend für unsere mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmer, die schon immer gute Löhne zahlen. Sie müssen jetzt nicht mehr mit Betrieben konkurrieren, deren Geschäftsmodell vor allem auf Dumpinglöhnen basiert. Ausführlich habe ich mich auf meiner Homepage zum Thema Mindestlohn geäußert: http://www.saskiaesken.de/aktuelle-artikel/saskia-esken-rund-30000-beschaeftigte-profitieren-hier-von-der-einfuehrung-des-mindestlohns-und-die-volks-wirtschaft-dazu

Für alle Fragen zum Mindestlohn hat das Bundesarbeitsministerium eine spezielle Hotline eingerichtet, die von Montag bis Donnerstag in der Zeit von 8 bis 20 Uhr unter Telefon 030-60280028 erreichbar ist. Außerdem möchte ich die Informationen zum Mindestlohn auf der Internetseite des Zolls empfehlen: http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Mindestarbeitsbedingungen/Mindestlohn-Mindestlohngesetz/mindestlohn-mindestlohngesetz_node.html

## Schwerpunkte der SPD-Bundestagsfraktion im Frühjahr 2015

Auch im Jahr 2015 wird die SPD als treibende Kraft die Regierungskoalition prägen und weiter daran arbeiten, das Leben der Menschen Stück für Stück zu verbessern, unsere Gesellschaft zu modernisieren und die Wirtschaft auf Erfolgskurs zu halten.

Anfang des Jahres haben sich die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin zu einer zweitägigen Klausurtagung getroffen, um die politischen Schwerpunkte für das Frühjahr 2015 zu diskutieren, und haben dabei zehn wesentliche Ziele festgelegt:

1. Menschenwürdige und gut bezahlte Arbeit: Situation für LeiharbeiterInnen verbessern, Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen, Langzeitarbeitslosigkeit entgegensteuern
2. Gleichstellung von Frauen und Männern: Gesetzliche Frauenquote, Entgeltgleichheitsgesetz
3. Fachkräfte und Investitionen für die Wirtschaft: Sicherung qualifizierter Fachkräfte, Investitionsstrategie, Ausbau der digitalen Infrastruktur
4. Neue Energie für den Klimaschutz: Neues Strommarktdesign, Aktionsprogramm Klimaschutz 2020
5. Frieden bewahren und Verantwortung übernehmen: durch Diplomatie, Völkerrecht und humanitäre Solidarität, Extremismus rechtsstaatlich verfolgen
6. Verbraucher und Mieter schützen: Mitpreisbremse, EU-Datenschutz-Grundverordnung, Fracking verbieten
7. Menschenwürdiges Sterben ermöglichen: breit angelegter gesellschaftlicher Diskussionsprozess, Stärkung von Palliativmedizin und Hospizen
8. Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken: mit Mitteln des Rechtsstaates, Stärkung des interkulturellen Dialogs, Einwanderungsgesetz
9. Eine moderne und faire Handelspolitik: Transparente Verhandlungen bei TTIP und CETA
10. Kommunen unterstützen und Flüchtlinge aufnehmen: Finanzielle Entlastung der Kommunen, kein Platz für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Die auf der Klausur beschlossene Vorhabenplanung findet Ihr hier mit noch mehr Details: http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/20150112_beschluss_schwerpunkte_fruehjahr_2015.pdf

## Spitzentreffen der SPD Baden-Württemberg

Am Montag fand in der Stuttgarter Liederhalle das traditionelle Spitzentreffen der SPD Baden-Württemberg statt. Trotz Berliner Sitzungswoche natürlich ein Pflichttermin für mich!

Die Schwerpunkte des Treffens der SPD-Führung lagen auf der Familien-, der Bildungs- und der Arbeitsmarktpolitik. Die Zukunft dieser Politikfelder diskutierten wir mit der SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi und der renommierten Soziologin Jutta Allmendinger.

Die grün-rote Landesregierung hat in diesem Bereich bereits viel erreicht und den unter der CDU angehäuften Reformstau im Bereich Familienpolitik aufgelöst: Seit 2011 sind die Kleinkindbetreuung und die frühkindliche Kleinkindbetreuung intensiv ausgebaut worden, ebenso die Ganztagesangebote an Schulen und die wichtige Schulsozialarbeit. Auch das neu geschaffene Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz ist eine tolle Errungenschaft, die die SPD und unsere Sozialministerin Katrin Altpeter vorangetrieben haben. Mit dem Eckpunktepapier „Zeit für Familie“ haben wir jedoch weitere wichtige Weichenstellungen für das Arbeits- und Familienleben formuliert, die die Partei in Baden-Württemberg 2015 angehen wird. Flexible Arbeits- und Lebenszeitmodelle stehen hier im Vordergrund.

## 25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention

Die UN-Kinderrechtskonvention feierte vergangene Woche ihr 25-jähriges Bestehen und ist damit schon längst im Erwachsenenalter angekommen. Anlässlich dieses Jubiläums widmete die SPD-Bundestagsfraktion der UN-Kinderrechtskonvention eine Sondersitzung.

Mit der Konvention wurden der Schutz und die Förderung der jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft völkerrechtlich festgehalten. Die Bedingungen für gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen haben sich in den letzten 25 Jahren stetig verbessert. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann wies darauf hin, dass sich der Bund in den letzten 25 Jahren den Kinderschutz zur Aufgabe gemacht hat, das Recht auf gewaltfreie Erziehung eingeführt hat und das Kinder heute das Recht haben auf Umgang mit beiden Elternteilen. Gleichzeitig machte er aber deutlich, dass wir nach wie vor weitere Anstrengungen im Kampf gegen Kinderarmut, für bessere Bildungschancen und für die Mitbestimmung von Kindern brauchen. Ein wichtiger Schritt für stärkere Kinderrechte in Deutschland wäre ihre Aufnahme in das Grundgesetz.

Auch die Asylpolitik muss kinderfreundlicher gestaltet werden. Wir müssen auch Kindern, die begleitet oder unbegleitet als Flüchtlinge in unser Land kommen, die gleichen Rechte auf medizinische Versorgung, Zugang zu Bildung, Schutz vor Gewalt und gegebenenfalls Inobhutnahme bieten, wie sie auch allen anderen Kindern zustehen.

Dafür setze ich mich zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion ein. Meine Kollegin Susann Rüthrich (Foto), seit 16.01. Vorsitzende der Kinderkommission des Bundestages und Kinderbeauftragte der SPD-Fraktion hat sich dafür eingesetzt, dass die Kinderkommission in Zukunft nur noch öffentlich tagt. Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt, um die Jugendlichen und jungen Erwachsenen politische Entscheidungen besser zu vermitteln.

## Simmersfeld: Ortsmittengestaltung und Kinderbetreuung im Blick

In dieser Woche habe ich Bürgermeister Jochen Stoll in Simmersfeld besucht und aktuelle kommunalpolitische Themen in Simmersfeld diskutiert. Dass die Gemeinde in den nächsten Jahren mit Mitteln aus dem Städtebauprogramm des Landes die Ortsmitte neu gestalten will, finde ich sehr gut. Dass auch die Straßenbauprojekte auf der Landes- und Kreisstraße inzwischen abgeschlossen sind und somit Simmersfeld wieder auf guten Straßen erreicht werden kann, ist toll.

Beeindruckt hat mich auch das Angebot der von einem Verein getragenen Kinderkrippe Sternschnuppe, die im Jahr 2006 durch die beiden Erzieherinnen Susanne Lutz und Caroline Mast gegründet wurde. Mit der in der Krippe angebotenen Ganztagesbetreuung gibt es in Simmersfeld ein gutes Betreuungsangebot für die unter drei Jahre alten Kinder, wie auch Vertreter des Elternbeirats bestätigten. Aktuell besuchen sechs Kinder die Krippe unter dem Dach des Trägervereins Sternschnuppe, an dessen Spitze die Gemeinderätin Marianne Herter-Lutz steht. Erfreulich für die Vorsitzende: Die Kooperation mit der Gemeindeverwaltung ist seit dem Start der Kinderkrippe sehr gut, was auch Bürgermeister Jochen Stoll vor Ort bei dem Besuch bestätigte.

## Sozialministerin Katrin Altpeter in Freudenstadt

Bei aller Bedeutung, die das Thema Pflege derzeit wegen der demografischen Entwicklung hat — mit einem solch vollen Haus hatte ich bei der Planung der Veranstaltung „Für eine gute und menschenwürdige Pflege“ in Freudenstadt nicht gerechnet. Rund 150 Besucher kamen zu meiner großen Freude am Montagabend ins Kurhaus Freudenstadt, als die baden-württembergische Sozialministerin Katrin Altpeter auf meine Einladung hin über die gesetzlichen Neuerungen im Bereich der Pflege informierte und mit den Anwesenden diskutierte. Dass Katrin Altpeter vom Fach und als ausgebildete Altenpflegerin eine der kompetentesten Ansprechpartnerinnen im Land ist, wurde an dem Abend immer wieder deutlich. Nicht nur die Informationen der Ministerin kamen bei den Besuchern gut an: auch die Beiträge von Hans-Henning Averbeck (Leiter Oberlinhaus), Bärbel Leiser (Pflegedienstleiterin Diakoniestation Dornstetten-Glatten-Schopfloch), Günter Bauer (Vorsitzender des Kreisseniorenrats/ Verantwortlicher des Pflegestützpunktes Freudenstadt) sowie Uwe Raible (Vorsitzender des Vereins sozialer Dienstleister) waren gut und wichtig und fanden die richtigen Adressaten.

Dem wirklich tollen Abend war am Nachmittag schon ein sehr gutes Fachgespräch im Freudenstädter Landratsamt mit der Ministerin und Experten aus dem Pflegebereich aus dem gesamten Wahlkreis vorausgegangen.

Tolle Eindrücke haben wir bei einem Besuch der psychosozialen Hilfseinrichtung „Die Treppe“ in Freudenstadt gewonnen. Wir haben im „Haus am Kohlstätter Hart“, das im vergangenen Herbst eingeweiht wurde, nicht nur über die Arbeit in diesem Haus viele wertvolle Informationen erhalten. Der ehemalige Freudenstädter Landrat Peter Dombrowsky hat uns als zweiter Vorsitzender des Trägervereins auch umfassend über die gesamte Arbeit des Vereins informiert. Dieser betreut aktuell mit 37 MitarbeiterInnen im Kreis Freudenstadt mehr als 300 KlientInnen.

Herzliche Grüße

Eure

**Abgeordnetenbüro Berlin**
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75205

**Wahlkreisbüro**
Turmstraße 18
72202 Nagold
Tel.: 07452-929999-1

E-Mail: saskia.esken@bundestag.de
www.saskiaesken.de
facebook.de/eskensaskia
twitter.com/eskensaskia